

# «Was mich wirklich ärgert, ist die Oberflächlichkeit»

Bundespräsident Ignazio Cassis fühlt sich in der Ukraine-Frage missverstanden. Er will die Konfiszierung russischer Oligarchengelder für den Wiederaufbau prüfen. **Interview: Anja Burri und Andrea Kučera**

**NZZ am Sonntag:** Herr Bundespräsident, am Dienstag ist die Ukraine-Konferenz in Lugano zu Ende gegangen. Der ukrainische Ministerpräsident Schmilhal hat Sie vor der Weltöffentlichkeit einen «great friend of Ukraine» genannt. Schmeichelt Ihnen die Bezeichnung?

**Ignazio Cassis:** So nennt man sich, wenn man gemeinsam als Gastgeber eine Konferenz ausrichtet und erfolgreich zu Ende führt. Das verbindet.

*Als Sie vor einigen Monaten auf dem Bundesplatz Wolodimir Selenski als Freund bezeichneten, wurden Sie dafür scharf kritisiert.*

Das war damals ein anderer Kontext. Fakt ist: Wir haben mit diesem Land eine freundschaftliche Beziehung, so wie wir das mit allen Ländern dieser Welt anstreben. Bei einigen ist es einfacher, bei anderen reicht es nicht für eine Freundschaft. Es ist Sinn und Zweck der Aussenpolitik, möglichst gute Beziehungen zu allen Ländern zu pflegen.

*Sind Sie auch ein grosser Freund Russlands?*

Nein. Nicht nachdem Russland das Völkerrecht mit seinem Angriffskrieg so massiv verletzt hat.

*Russland geht auch auf Distanz zu uns, das Land will nicht mehr in Genf verhandeln.*

Mit der Ausrichtung der Ukraine-Konferenz hat das nichts zu tun, wohl aber mit der Übernahme der Sanktionen. Wir mussten damit rechnen, dass Russland das internationale Genf und die Neutralität der Schweiz infrage stellen wird und dass sich die diplomatischen Beziehungen abkühlen.

*Wie realistisch ist es unter diesen Vorzeichen, dass eines Tages Friedensverhandlungen in der Schweiz stattfinden?*

Schwierig zu sagen. Im Vergleich mit anderen westlichen Ländern ist die Reaktion der Schweiz nach wie vor gemässigt. So haben wir anders als etwa Deutschland keine

Diplomaten ausgewiesen. Wir weichen dort ab, wo wir einen Unterschied machen können. Gleichwohl ist es momentan so, dass sich Russland für Friedensbemühungen eher an die Türkei wendet als an die Schweiz. Und wir unterstützen die Türkei.

*Wie müssen wir uns das vorstellen?*

Wir sind im Gespräch. Die Türkei holt sich zum Beispiel bei uns Unterstützung, wenn es um Fragen der Neutralität geht.

*Kürzlich wurde publik, dass die Schweiz die Schutzmacht der Ukraine in Russland werden möchte. Wie hat der Kreml darauf reagiert?*

Russland hat zumindest nicht grundsätzlich Nein gesagt. Das ist schon einmal positiv. Und die Schweiz ist immer noch Schutzmandatsträger für die Russen in Georgien und umgekehrt. Auch das zeigt, dass sich die Reaktionen Russlands gegenüber der Schweiz in Grenzen halten.

*Auch der Bundesrat ist sich im Umgang mit den Russen nicht einig. Diese Woche schrieben die CH-Media-Zeitungen, dass Bundesrätin Amherd eine Erklärung zum Ausschluss russischer Sportfunktionäre unterschreiben wollte, bis Sie Frau Amherd dann zurückpiffen.*

Sie haben sicher Verständnis dafür, dass ich Spekulationen von Medien nicht kommentiere. Was ich bestätigen kann: Die Meinungen divergieren auch im Bundesrat. Ich bin froh darüber. Unser politisches System lebt von unterschiedlichen Meinungen.

*Ist es nicht frustrierend, regelmässig im Bundesrat aufzulaufen?*

An wen denken Sie da?

*An Sie und an alle anderen. Jeder unterliegt von Zeit zu Zeit.*

(Lacht.) Eben. Das Gewinnen und Verlieren ist schön verteilt. So wie im Sport. Es ist ein Wettbewerb der Ideen. Zum Glück funk-

tioniert der Bundesrat so. Diese Meinungs-  
vielfalt ist wichtig. Genauso wichtig ist es,  
dass das ganze Kollegium die getroffenen  
Entscheide am Schluss mitträgt.

*Zurück zu den Sportfunktionären: Sind Sie  
nun für den Ausschluss der russischen Sport-  
funktionäre oder dagegen?*

Die Frage ist eine politische: Müssen  
Funktionäre von internationalen Organisa-  
tionen ausgeschlossen werden, wenn sie  
einen russischen Pass besitzen? Der Bundes-  
rat hat das diskutiert und findet: Nein. Das  
sind internationale Funktionäre, auch wenn  
sie aus Russland kommen. Doch dahinter  
steht ein viel grundsätzlicherer Entscheid.

*Welcher?*

Wollen wir, dass Russland weiterhin existi-  
ert als Land? Und bleiben wir folglich in  
einem Dialog? Oder wollen wir so tun, als ob  
es Russland auf der Welt gar nicht mehr  
gäbe? Die Schweiz wählt immer den Weg des  
Dialogs. Wir unterhalten auch mit Nordkorea  
Beziehungen.

*Die Ukrainer wollen den Wiederaufbau teil-  
weise mit konfiszierten russischen Oligarchen-  
geldern finanzieren. Sie äusserten sich in  
Lugano sehr kritisch dazu. Wieso?*

Sie haben mir in Lugano offenbar nicht  
richtig zugehört.

*Doch, eigentlich schon.*

Ich habe dort Englisch gesprochen. Das,  
was die Journalisten nachher schrieben,  
entspricht nicht dem, was ich gesagt habe.

*Nämlich?*

Ich habe gesagt: Es ist angesichts der  
extrem hohen Wiederaufbaukosten durch-  
aus legitim, zu fordern, die eingefrorenen  
Gelder dafür zu verwenden. Nur: Man darf  
nicht vergessen, dass das Recht auf Eigen-  
tum ein Menschenrecht ist. Ergo stellt sich  
grundsätzlich die Frage, wann ein solches  
Menschenrecht verletzt werden darf. Für  
solche Entscheide braucht es eine gesetz-  
liche Basis und ein öffentliches Interesse, das  
überwiegt. Und die Verletzung muss verhält-  
nismässig sein. Ich sagte: Passen wir auf, wir  
können Entscheide, welche Grundrechte  
betreffen, nicht leichtfertig treffen. Das muss  
seriös abgeklärt werden.

*Jetzt sind wir verwirrt. Wie stehen Sie nun zur  
Forderung der Ukraine, russische Oligarchen-  
gelder einzuziehen und für den Wiederaufbau  
zu verwenden?*

Ich sagte, dass diese Frage geprüft werden  
muss, und zwar seriös und in allen multilate-  
ralen Organisationen! Was mich irritiert hat  
in Lugano, war diese Oberflächlichkeit, mit  
der über diese Frage gesprochen wurde.  
Gewisse Ohren hören manchmal einfach  
nicht, was wir sagen.

*Wir hören zu.*

Schauen Sie, diese Frage nach der Konfis-  
zierung von Oligarchengeldern geht eben

tief, es geht um Grundrechte, die uns alle  
betreffen. Vergessen wir nicht, dass wir in  
der heutigen Schweiz leben, weil vor uns  
unzählige Menschen gestorben sind, um für  
die Freiheit und für das Recht auf Eigentum  
zu kämpfen gegen die Konfiskationen von  
Königen und Diktatoren. Was mich stört – Sie  
spüren meine Emotionen –, ist, dass man so  
tut, als ob man in diesem Fall die Grund-  
rechte einfach beiseitewischen könnte.

*Die Ukrainer kämpfen aber auch gerade für  
unsere Freiheit. Zählt das nicht auch bei der  
Abwägung?*

Natürlich. Welche Werte werden da vertei-  
digt? Sie stehen auch in unserer Verfassung.  
Und ich bin gewillt, dafür zu kämpfen.

*Sie sind gerade sehr emotional. Wie oft ärgern  
Sie sich und fühlen sich missverstanden von  
den Medien und den anderen Parteien?*

Es geht nicht ums Missverstandenwerden,  
da weiss ich mittlerweile, dass oft Kalkül  
dahintersteckt. Was mich wirklich ärgert, ist  
die Oberflächlichkeit, mit der man so grund-  
legende Fragen angeht.

*Der Krieg ist bei uns spürbar, es zeichnet sich  
ein Winter ab mit horrenden Energiepreisen.  
Wie bereiten Sie das Land darauf vor?*

Ja, das ist eine Sorge auf dem ganzen Kon-  
tinent. Wir sind ja abhängig von der Liefe-  
rung unserer Nachbarn. Gleichzeitig hat der  
Bundesrat Vorkehrungen getroffen, damit  
wir im nächsten Winter trotzdem alle unsere  
Wohnungen heizen können sollten.

*Bereuen Sie es in diesen Tagen nicht speziell,  
dass wir keine besseren Beziehungen zu*

*Europa haben?*

Es würde die Frage der Energieversorgung in keiner Weise beeinflussen. Aber ich bereue es trotzdem.

*Und was ist Ihr Plan, um endlich die Beziehungen zur EU neu zu stabilisieren?*

Mein Plan ist der Plan des Bundesrates. Das werde ich Ihnen jedes Mal sagen, wenn Sie versuchen, diese Frage zu personalisieren. Wir haben im März die Schweizer Agenda definiert, und im Juni haben wir entschieden, das zu intensivieren. Der Bundesrat würde sehr gerne bessere Beziehungen zur Europäischen Union haben. Die Frage ist bloss, wie?

*Es gibt jetzt auch wieder die Forderung nach einer Schutzklausel zum Schutz der Schweizer Sozialwerke.*

Das Paket, das wir geschnürt haben, beinhaltet die Möglichkeit von Ausnahmen, von Schutzklauseln, von verschiedenen Mechanismen. Es ist schon fast ein Ding der Unmöglichkeit, dass wir uns in der Schweiz auf eine Verhandlungsposition einigen. Falls wir dies eines Tages schaffen, müsste dann aber immer noch die EU einverstanden sein. Und die EU hat bekanntlich ganz andere Vorstellungen. Die Frage ist: Wie gelingt es uns,

einen gemeinsamen Nenner zu finden?

*Sagen Sie es uns.*

Mit Dialog, mit einer Verbesserung der persönlichen Beziehungen. Am Ende sind es Menschen, die irgendwann mal sagen: Okay, gehen wir zwei Zentimeter aufeinander zu.

*Wie ist eigentlich Ihr Verhältnis zu Ursula von der Leyen, der Präsidentin der Europäischen Kommission?*

Es ist gut. Ich habe am WEF in Davos mit ihr ein gutes Gespräch gehabt. Über die Ukraine, aber auch über Europa. Wir sassen nebeneinander an einem Nachessen. Ohne dieses Gespräch wäre sie vielleicht nicht an die Ukraine-Konferenz nach Lugano gekommen. Ich bin ihr sehr dankbar dafür, dass sie an unsere Konferenz geglaubt hat. Davos und Lugano haben sicher geholfen, eine persönliche Beziehung aufzubauen. Aber vergessen Sie nicht: Wir sind nicht Herr Cassis und Frau von der Leyen. Wir vertreten Institutionen.

*Haben Sie keine Angst, dass Sie sich an diesem Dossier endgültig die Finger verbrennen?*

Ich wäre nie Bundesrat geworden, wenn ich Angst gehabt hätte, mir an politischen Fragen die Finger zu verbrennen.



“

**Es ist in der Europafrage schon fast ein Ding der Unmöglichkeit, dass wir uns in der Schweiz auf eine Verhandlungsposition einigen.**

«Die Meinungen divergieren auch im Bundesrat»: Aussenminister Cassis, (Bern, 7. Juli 2022)